

**WICHTIGER SIEG FÜR
ALASSA!**

**WIDERSTAND VON
SERÊKANIYÊ**

**12. FRAUENPOLITISCHER
RATSCHLAG**



SI-NEWSLETTER

**Liebe SI-Mitglieder!
Liebe Leserinnen und Leser!**

Wenn Ihr diesen newsletter in den Händen haltet, steht die 11. Bundesdelegiertenversammlung von SI unmittelbar bevor. Sie wird die Weichen stellen für unsere weitere Solidaritätsarbeit, indem der Vorschlag für das überarbeitete SI-Programm und die Arbeitsbereiche beraten und abgestimmt werden. Erfahrungen aus der inzwischen 24-jährigen neuen und erfolgreichen Art der Solidarität und Hilfe fließen hier zusammen und richten sich auf die Zukunft.

„Die Welt wächst zusammen – aber was wird aus ihr?

Welche Richtung sich durchsetzt, darf uns nicht egal sein – es ist zur Überlebensfrage geworden.“

Diese Sätze aus dem Programm von SI haben sich nicht nur bewahrheitet – sie sind heute aktueller denn je. Wir erleben massenhafte Protest für Freiheit und Demokratie wie in Hongkong, im Irak, Libanon, im Iran, Moldawien oder auf Malta in Bolivien, Chile und Brasilien, gegen Korruption und Unterdrückung.

In Deutschland sind die Leute auf der Straße gegen die angekündigten Massenentlassungen, gegen den Überfall des Erdogan-Regimes auf Rojava, gegen AfD-Parteitage und faschistische Umtriebe; Bauern „haben es satt“; es gibt eine Reihe von Klagen gegen die Unterdrückung fortschrittlicher und revolutionär gesinnter Menschen, die mutig in den Protesten Flagge zeigen und über das bestehende System hinaus denken.



Kämpferische Frauen, Automobilarbeiter, Bergleute, revolutionäre Parteien und Organisationen und Klimaaktivisten schließen sich über Ländergrenzen hinweg zusammen, schaffen sich weiter die Organisationsformen, die sie für ihre berechtigten Anliegen brauchen und lernen gegenseitig voneinander.

Diese Richtung unterstützt SI durch seine Art der Solidarität und Hilfe und verbindet jede eigene Aktivität mit Spendensammlungen für klar definierte Projekte. Von „humanitär bis revolutionär“ stärken sie immer die Selbstorganisation der Menschen in ihrem Bestreben nach lebenswerten Verhältnissen.

Die newsletter-Redaktion wünscht Euch allen ein hoffentlich gutes, solidarisches, optimistisches und glückliches Neues Jahr.

Wir möchten uns auf diesem Weg auch für die über das Jahr eingegangenen Artikel und Bilder bedanken und wünschen uns noch viel mehr davon.

Eure Redaktion

Wichtiger Sieg für Alassa!



Liebe Freunde,

Im Kampf um das Bleiberecht von Alassa Mfouapon können wir einen wichtigen Erfolg feiern: Das Regierungspräsidium Karlsruhe stimmte endlich seinem Antrag auf Arbeitserlaubnis zu!

Seit über 10 Monaten kämpft Alassa M. mit seinen Freunden im Freundeskreis nach seiner legalen Wiedereinreise nun um sein Bleiberecht. Dafür musste er durch eine üble Hetzkampagne der BILD Zeitung durch, sich anhören wie AfD Politiker seinen Tod fordern, durfte über Monate Karlsruhe nicht verlassen, erlebte Schikane um Schikane. Schon seit Monaten hat er ein Ausbildungsangebot zum Mediengestalter, das er bisher nicht antreten durfte aufgrund des Arbeitsverbots und der Residenzpflicht. Sich in Deutschland frei zu bewegen und endlich eine Ausbildung anzufangen sollte eigentlich eine Selbstverständlichkeit sein, aber es wurde ihm monatelang verweigert. Endlich ist es ihm möglich - das ist ein Riesenerfolg der Solidaritätsbewegung!

Dieser Erfolg zeigt: Wer seine Stimme erhebt und um sein Recht kämpft, erhält Solidarität und kann gewinnen!

Es gibt noch mehr gute Nachrichten: In einem Urteil stellt das Verwaltungsgericht Karlsruhe fest, dass eine Abschiebung nach Italien nach Dublin nicht erfolgen darf, weil nicht konkret sichergestellt ist, dass eine dringend erforderliche, lebenserhaltende medizinische Behandlung in Italien weitergeführt wird. Konkret begründet das Gericht: „Die grund- und menschenrechtlichen Verpflichtungen deutscher Behörden umfassen im Falle einer Abschiebung deren Durchführung einschließlich einer – in Einzelfällen – erforderlichen Übergabe an medizinisch hinreichend qualifiziertes Personal im Zielstaat der Abschiebung.“ Ein wichtiges Urteil für alle, die nach ihrer Flucht schwer traumatisiert sind und z.B. therapeutische Hilfe brauchen.

Diese mutmachenden Erfolge widerlegen die Auffassung, dass es für Flüchtlinge besser sei, stillzuhalten, nicht die Stimme zu erheben und Forderungen zu stellen. Im Gegenteil: nur wer kämpft, kann gewinnen! Wer nicht kämpft, hat schon verloren: das zeigen Fälle wie der einer

Abschiebung einer Familie in Stuttgart-Wangen. Da wurden Menschen mit Duldung, die jahrelang in Deutschland gelebt, gearbeitet und deren Kinder die Schule besucht haben, plötzlich aus ihrem gewohnten Leben gerissen und mitten in der Nacht abgeschoben in ein Land, das die Kinder noch nicht mal mit eigenen Augen gesehen haben!

Herzliche Grüße
Adelheid Gruber, Sprecherin

Auch wenn hier ein sehr wichtiger Sieg für Alassa erkämpft wurde und er sicher auch für andere Verfahren wegweisend ist, so ist der Kampf um die Rechte für Migranten noch nicht zu Ende.

Deshalb spendet weiterhin für den Freundeskreis Alassa & friends. Nur mit eurer Unterstützung kann ihr unermüdlicher Einsatz weiterhin bestehen! (Anmerk. Der Redaktion)

Freundeskreis Alassa & friends
- openpetition.de/alassa
Spenden über: „Solidarität International e.V.“,
IBAN: DE86 5019 0000 6100 8005 84,
Stichwort: „Alassa“

SOLIDARITÄTSERKLÄRUNG an Simon Aulepp

Simon Aulepp hatte in der Stadtverordnetenversammlung vom 4.11.2019 zurecht die Frage gestellt, warum die Stadt Kassel die Israel-Flagge gehisst habe.

In Halle hätte es keinen Anschlag auf den Staat Israel gegeben, sondern einen Anschlagversuch auf eine Synagoge. Simon kritisierte zurecht die Gleichsetzung von Judentum mit dem Staat Israel. Er fordert zurecht, dass es möglich sein muß, die israelische Besatzungspolitik zu kritisieren.

Als Reaktion gab es wieder die typischen Äußerungen: Kritik an Israel sei antisemitisch. Wir sollten uns nicht durch solche Unterstellungen einschüchtern lassen. Kritik an Israels Besatzungspolitik ist richtig und berechtigt und muß weiterhin geübt werden.

Die Anwesenden solidarisierten sich mit den Stadtverordneten Simon Aulepp.

Abstimmung der Anwesenden auf der Jerusalem-Veranstaltung mit Judith Bernstein am 12.11.2019 in Kassel:

Diese Soli-Erklärung wurde von Judith Bernstein verlesen und mehrheitlich von ca. 55 TeilnehmerInnen bei 1 Gegenstimme angenommen.

„Jetzt reden wir - 2.0“

Erster Flüchtlingspolitischer Kongress war erfolgreich!

180 Teilnehmer aus 20 Nationen folgten am vergangenen Samstag der Einladung von Alassa Mfouapon, seinem Rechtsanwalt Roland Meister und dem Freundeskreis Alassa & Friends zu einem Flüchtlingspolitischen Kongress, der wohl der erste seiner Art war.

Alassa Mfouapon war bundesweit bekannt geworden als Sprecher der Flüchtlinge in Ellwangen, die sich 2018 gegen Abschiebung und Kriminalisierung wehrten. „Das Vorhaben, den engen Schulterschluss zwischen der Selbstorganisation der Flüchtlinge mit anderen demokratischen, humanistischen bis hin zu revolutionären Kräften zu organisieren ging auf und begeisterte die Teilnehmer, die von München bis Hamburg angereist waren und für eine große Bandbreite von gesellschaftlichen Gruppen, Initiativen und Organisationen standen. Einzigartig, wie hier die Erfahrungen der Flüchtlinge über Fluchtbedingungen, Ankommen in Deutschland und dem Leben hier, wie ihre kompetenten Kenntnisse über die Fluchtursachen,

ihr konkreter Kampf gegen Diskriminierung, gegen die Angst vor Abschiebung, die tagtägliche Erfahrung, als Menschen zweiter und dritter Klasse behandelt zu werden, zusammen kamen mit Berichten flüchtlings-solidarischer Menschen, die selbst auch die Erfahrung von Kriminalisierung und Diffamierung machen und nach Auswegen und Lösungen suchen“, so Adelheid Gruber, eine der Sprecher*innen des Freundeskreises. Vier Impulsreferate zu den Themen „Über die Flüchtlingspolitik der EU und der BRD“, „Weltweite Fluchtursachen und Gegenstrategien“, „Die Lage der Geflüchteten und Proteste dagegen“ und „Handlungsperspektiven“ boten viel Stoff zu Diskussion und Erfahrungsaustausch. Das Referat eines Aktivisten aus Togo über Fluchtgründe und Diskussionsbeiträge über Kamerun und seine Geschichte wiesen nach: Europa und die westliche Welt haben mit ihrer Sklaverei- und Kolonialherrenvergangenheit Afrika um Jahrhunderte zurückgeworfen und entscheidend zur heutigen dramatischen Lage der Jugend in afrika-

nischen Ländern beigetragen. „Die Unterdrücker haben nur die Hautfarbe gewechselt“ so der Referent aus Togo, denn den Reichtum Afrikas beuten heute internationale Monopolkonzerne aus - mit Wissen und Zustimmung korrupter afrikanischer Regierungen. Widerstand dagegen wird nicht zuletzt mit militärischer Hilfe aus Europa unterdrückt. „Die massive Rechtsentwicklung der Regierung, die die EU abschottet vor den Menschen, die vor den Folgen der neokolonialen und imperialistischen Politik fliehen, fordert uns heraus: wir wollen keine einzige Diskriminierung, keinen behördlichen Rassismus, keine ungerechte Abschiebung unwidersprochen lassen! Wir stehen ein für ein Recht auf Flucht! Mit einer gemeinsam beschlossenen Erklärung bringen wir zum Ausdruck: Die Angst, die nach der unerhörten Kriminalisierung der Ellwanger Flüchtlinge wirkte, kann durch den engen Schulterschluss und wachsende Zusammenarbeit der Flüchtlings- Bleiberechts-, antirassistischen, demokratischen und revolutionären Bewegung überwunden werden“ so Adelheid Gruber über das Ergebnis des Kongresses. „Jetzt reden wir! hat mit diesem Kongress eine neue Etappe 2.0 eröffnet. Die Ellwanger Schule wird weiter Schule machen.“

Erklärung an den Bundesvorstand der VVN-BdA

Liebe Mitstreiter*innen!

Mit völligem Unverständnis und Empörung haben wir die Entscheidung des Berliner Finanzamtes zur Kenntnis genommen, der VVN-BdA die Gemeinnützigkeit zu entziehen! Das ist ein deutschlandweiter politischer Skandal und völlig haltlos! Das Vorgehen ist darauf gerichtet, Euch finanziell zu ruinieren und sich so für den Staat und seine Politik unliebsame Kritiker vom Hals zu schaffen.

Gerade die VVN-BdA verdient den Beisatz „gemeinnützig“: Ihr tretet ein gegen leider weiter zunehmende faschistische, antisemitische, rassistische und nationalistische Erscheinungen und beteiligt Euch couragiert

an entsprechenden Gegenaktionen, zeigt Flagge und positioniert Euch gegen Verletzungen der Menschenrechte und antidemokratisches Verhalten.

Das halten wir für sehr „gemeinnützig“, gerade angesichts der zunehmenden Rechtsentwicklung in Deutschland und anderen Ländern. Es bedarf deshalb Organisationen, die antifaschistische Aufklärung betreiben und das Gedenken an die Opfer der nationalsozialistischen Tyrannei lebendig halten, gerade auch unter der Jugend.

Leider reiht sich der Entzug der Gemeinnützigkeit gegenüber Euch in eine traurige Liste ein: So wurde attac bereits die Gemeinnützigkeit

entzogen, sowie auch dem Demokratischen Zentrum in Ludwigsburg. Hier ist die Begründung, dass die Arbeit zu politisch wäre und dass das Demokratische Zentrum Ludwigsburg Menschen anderer Weltanschauung (sprich Faschisten) die Mitarbeit verwehre.

Solidarität International (SI) e.V. solidarisiert sich uneingeschränkt mit Euch und unterstützt Eure Forderung nach Anerkennung der Gemeinnützigkeit für Eure Organisation.

Mit solidarischen Grüßen
Renate Radmacher, Axel Kassubek,
Waltraut Bleher
- Geschäftsstelle
Solidarität International (SI) e.V. -

Widerstand von Serêkaniyê

Nach Überfall des Erdogan Regime auf Rojava:
Brief aus Serêkaniyê nahe der Türkischen Grenze



Compañeros, compañeras,

ich glaube, dass es jetzt wichtig ist, dass unsere Stimmen von Rojava, aus dem Herzen dieses Kampfes, gehört werden. Ein Kampf um das Leben, um eine würdige Existenz, um eine echte Demokratie und um die Freiheit aller Frauen.

Ich möchte mitteilen, wie der Widerstand von Serêkaniyê ablief, wie der Anfang war, wie das Ende war und auch was zwischendurch geschah. Serêkaniyê befindet sich im Moment in den Händen von dschihadistischen Banden, die von der Türkei unterstützt werden, mit der Zustimmung der Vereinigten Staaten. An einem Punkt sagten sie, dass es eine fünf-tägige Waffenruhe geben würde... Wir glaubten es keine Sekunde. Und so war es auch - die Angriffe hörten nicht auf, vielleicht wurden sie reduziert, aber sie griffen uns weiterhin mit schwerer Artillerie, Bombardierungen und Flugzeugen an. (...)

Die fünf Tage des vermeintlichen Waffenstillstands waren für die Vereinigten Staaten und die Türkei tatsächlich entscheidend, um den Konflikt neu zu definieren, um die Situation von Krieg, Konfrontation und Widerstand gegen unseren

erzwungenen Abzug, den niemand erwartet hatte, neu auszurichten. Niemand konnte es glauben, nach elf Tagen Widerstand, schön und sehr hart zugleich. Die Stadt verlassen. Die türkische Invasion von Serêkaniyê hatte einige Tage zuvor, am 8. Oktober, mit einer Bombardierung unserer Militärposten begonnen, (...)

Die ersten Tage waren sehr chaotisch. Wir versuchten einen klaren Kopf zu behalten und ruhig zu bleiben und uns auf die Invasion vorzubereiten. Ja, die letzten Monate der Vorbereitungen machten Sinn, es wurde Realität. Neben allen Ängsten zu realisieren, was der Krieg bedeutet, der Mut, sich einer getroffenen Entscheidung zu vergewissern und gleichzeitig sind da die Zweifel, dass alles zum Schweigen gebracht würde, dass niemand auf der Welt von dieser Barbarei erfahren würde.

Wenn der Krieg eintrifft, ist es ein entfernter Krieg, mit vielen unvorhersehbaren Bombardierungen, die man erst im letzten Moment hört. Wenn die Bomben fallen, fallen sie, wenn es passiert, dann passiert es. (...)

Alle Verteidigungseinheiten, die bereits hier waren und die ankamen, als sich der türkische Angriff

verschärfte, hielten die Stadt trotz der Bewegungen der dschihadistischen Banden sicher und ermöglichten die Überstellung der Verwundeten in die Stadt Til Temir. Bis die Türkei diese Straße abschnitt und es nicht mehr möglich war, sie dorthin zu bringen.

Das war sehr heftig für uns alle, weil wir ihnen nicht die nötige medizinische Versorgung geben konnten. (...) Wir schützten die Stadt, mit dem Gedanken, es mit allen Konsequenzen zu tun und niemand erwartete, dass wir die Stadt verließen, wie wir sie verließen. In unseren Gesprächen, in Momenten der Pause, waren wir alle entschlossen und überzeugt, dass Serêkaniyê uns gehört und auch bleiben würde. Für mich war es unglaublich, diese Freund*innen an meiner Seite zu haben, zu sehen, wie sie kämpfen, von ihnen zu lernen, denn ihr Kampf kommt aus dem Herzen und wenn sie verletzt wurden, wollten sie nur einen Verband, Medikamente und wieder an die Front. Diese Menschen kämpfen für das Leben. Weil sie glauben und dieser Glaube ist ein so starker Wert, dass ich ihn mit dieser Intensität noch nie zuvor gespürt habe.

Serêkaniyê hatte schon einmal Krieg gesehen und gerade deshalb war unser Rückzug vielleicht so hart.

Und jetzt sind wir in anderen Teilen, denn der Krieg ist noch nicht vorbei, es gibt viel zu verlieren und viel zu gewinnen. Es ist unsere Aufgabe, den Widerstand zu verteidigen, ihn öffentlich zu machen, weiter zu kämpfen, wie ihr alle es tut hier und dort. In Serêkaniyê hat bis heute niemand aufgehört, niemand hat sich hingesezt, der Kampf und das Leben gehen weiter. (...) Als wir gingen, konnte ich vom Fenster aus die Stadt brennen sehen und ich konnte die Tränen

nicht zurückhalten, ich konnte die zerbombten Außenbezirke, die Ruinen nicht ertragen, aber wisst ihr was?

Wir werden sie zurückgewinnen und befreien und sie noch schöner, freier und ohne jede Spur von dieser Barbarie gestalten. (...)

Als wir die Stadt mit dem Konvoi verließen, sahen wir die türkische Flagge, die bereits am Kontrollpunkt des Stadteingangs angebracht war, wir sahen die Gesichter unserer Feinde, die sich bis kurz zuvor in den Gebäuden versteckt hatten, um uns zu erschießen. Sie gingen auf die Straße, sammelten sich auf den Balkonen...

Wir werden nicht aufhören, und jede*r muss wissen, was hier vor sich geht. Und ich weiß, dass ich mich nicht für all eure Solidarität bedanken sollte, denn die Solidarität ist ein Teil von uns, Teil des Kampfes, (...)

Russland und die Truppen von Assad breiten sich auf dem Territorium aus. Der IS organisiert sich neu, insbesondere im Raum Til Temir und stellt eine ideologische und militärische Organisation wieder her, die nie ganz verschwunden war. Viele Familien, die von Serêkaniyêe nach Til Temir gegangen sind, sind nun wieder gezwungen, umzuziehen, nach Qamişlo oder sogar Başûr (Südkurdistan, Anm. d. Red). Der Krieg geht weiter, er ist noch nicht vorbei. (...)

Unsere Moral ist hoch, wir werden all dies weiterhin verteidigen, auf Schritt und Tritt lernen, jeden einzelnen Freund und jede einzelne Freundin mit uns nehmen, in jedem Lächeln, in jedem Tropfen Schweiß, in jedem Moment der Einsamkeit oder Angst.

Es ist alles so schön und großartig, dass ich es nicht beschreiben kann.

Lasst uns vorwärts gehen, Freund*innen, hier machen wir weiter. Şehîd Namirin.

Die Initiative „Medizin für Rojava“ und SI rufen weiter auf zu Spenden auf das Konto IBAN DE 86 5019 0000 6100 8005 84 Stichwort „Rojava-Medizin“

Solidaritätserklärung

Die TeilnehmerInnen der Veranstaltung „Maniok-Anbau in der Elfenbeinküste – Zukunftsprojekt für eine selbständige Entwicklung“ verurteilen die militärische Invasion des faschistischen türkischen Präsidenten Erdogan auf Rojava/Nordsyrien. Wir fühlen mit den Opfern dieser Aggression und sind an der Seite der Verteidigung der demokratischen Selbstverwaltung von Rojava. Diese ist beispielhaft für die Rechte der Frauen, den Schutz der Natur, die Gleichberechtigung der Völker. Wir verurteilen auch die EU und die Bundesregierung, mit deren Flugzeugen und Waffen der völkerrechtswidrige Krieg gegen Rojava geführt wird.

Hände weg von Rojava! Errichtung einer Flugverbotszone! Sofortiger Stopp des Überfalls und Abzug der türkischen Truppen! Alle ausländischen Truppen raus aus Syrien!

Bochum, den 23. Oktober 2019

Persönliche Spendenübergabe in Lima /Peru

Auf dem Frauenpolitischen Ratsschlag traf ich zufällig Gernot von der Umweltgewerkschaft an unserem Infostand. Er erzählte mir, dass er und seine Frau nach Peru fliegen würden und auch Jesus von Canto Vivo treffen würde und ich fragte ihn, ob es möglich wäre, dass sie die Spenden dort persönlich übergeben könnten. Das hat dann auch geklappt. Deshalb unser herzliches Dankeschön an Gernot, Anne und die Umweltgewerkschaft!

Jesus hat mir von der Spendenübergabe berichtet und schreibt:

„ ...Mit Gernot haben wir eine Reihe von Aktivitäten im Zusammenhang mit der Umwelt durchgeführt. Ich sende dir ein Foto, auf dem Gernot 1500,00 € an Dayamis übergibt.

Wir werden sie verwenden, um weitere Bäume für die deutschen Freunde zu pflanzen. Ihnen gilt unser Dank dafür, dass Sie den Kampf gegen den Klimawandel unterstützen und der Bauerngemeinde Pichjapuquio mit Bäumen zugute kommen, die nicht nur die Landschaft der Anden verschönern.....“



Übrigens: auch wenn Weihnachten nun vorbei ist und gerade kein „alternatives Weihnachtsgeschenk“ gefragt ist: Die Pflanzaktion für Planta Monte geht weiter. Und ein nächster Geburtstag steht bestimmt schon vor der Tür oder ein Baum als kleines Mitbringsel für eine Einladung ist ja auch mal was anderes!

Spendenkonto:
DE 86 5019 0000 6100 8005 84,
Frankfurter Volksbank,
BIC: FFBVDEFF

**Waltraut,
Schwäbisch Hall**

Pilotveranstaltung in Bochum: **Spendenkampagne für Maniok-Projekt in der Elfenbeinküste nimmt Fahrt auf**



ändern, sondern mit selbstorganisierten und auch revolutionären Kräften.

In der Pause nach Vorstellung des Projekts gab es ein besonderes Highlight. Unsere westafrikanischen Freunde der Hilfsorganisation »Hope for Cameroon« hatten mit viel Liebe und Mühe Spezialitäten aus Maniok selbst zubereitet und mitgebracht. Es gab einen Maniok-Grieskuchen, süße Beignets (eine Art Krapfen), aber auch ein spinatähnliches Gemüse (Légume) mit gekochten Maniokstücken. Unsere kamerunischen Freunde erklärten, dass es verschiedene Sorten von Maniok gibt und der Anbau, die Ernte, Trocknung, Zubereitung bis zum Verkauf viel Sorgfalt erfordert. (Foto: Vorstellung der Maniok-Spezialitäten)

20 Teilnehmer lernten am 23. Oktober 2019 ein außergewöhnliches Zukunftsprojekt kennen, das zunächst mit einem PowerPoint-Vortrag und Videosequenzen vorgestellt wurde. Im Süden der Elfenbeinküste, in der Region Loh-Djiboua haben sich Arbeiter, Frauen und Jugendliche zur Union des Paysans Producteur (UPP) – Verband der Produzierenden Bauern in selbstorganisierten Kooperativen zusammengeschlossen. Sie haben einige Hektar Land gepachtet, pflanzen dort Maniok an, verarbeiten und verkaufen ihn. Maniok ist in Afrika ein Grundnahrungsmittel, vergleichbar mit der Kartoffel bei uns. Diese Wurzelknolle hat einen hohen Stärkegehalt und energieliefernde Kohlehydrate.

Die UPP bekämpft damit nicht nur Hunger und Armut, sie macht das bewusst als Projekt zur Selbstbefreiung vom Neokolonialismus. Die Elfenbeinküste ist reich an Rohstoffen und Arten. Dort wird weltweit am meisten Kakao produziert, ausschließlich für internationale Konzerne. 50 Cent pro Tag beträgt der Lohn für die ganze Familie eines Kakaobauern. Über 1

Million Kinder arbeiten mit, und es reicht trotzdem hinten und vorne nicht. Über 80 % des Verkaufspreises gehen in die Taschen von Lebensmittelmonopolen wie Edeka und Metro. Seit Jahren machen sie Kampagnen für »faire Schokolade«, doch der Raubbau geht ungehindert weiter. Dafür wurden 85 % des Regenwaldes in den letzten 25 Jahren zerstört. Das Maniok-Projekt legt sich mit den imperialistischen Mächten der EU und besonders Frankreich an. Diese halten seit 2010 die Militärdiktatur von Alesandre Outarra am Leben. Das ist ein Finanzmagnat, der früher stellvertretender Präsident des Internationalen Währungsfonds war. Outarra sorgt dafür, dass die Ausplünderung von Mensch und Natur in der Elfenbeinküste durch die internationalen Agrarmonopole aufrechterhalten wird. Das Maniok-Projekt ist ein fortschrittliches Gegenprogramm, weil es den Arbeitern, Bauern Jugendlichen und Frauen eine Perspektive eröffnet, sie nicht in Armut versinken oder fliehen müssen, sondern ihr Leben gemeinsam selbst in die Hand nehmen. Deshalb arbeitet die UPP bewusst nicht mit NGOs zusammen, die an der Abhängigkeit von der EU nichts

Die anschließende Diskussion war sehr angeregt. Wie wird der Maniok angebaut? Wie lange dauert es bis zur Ernte? Besonders beschäftigte einige, dass in einer Videosequenz gezeigt wurde, wie viel Unkraut auf dem Boden wächst, das mit einfachsten Werkzeugen von Hand beseitigt wird. Sie brauchen Stück für Stück kleine Maschinen zum Unkrautjäten, Pflügen oder zum Zermahlen des Maniok.

Bei der Spendensammlung kamen 280 € zusammen. Wir waren uns einig, dass dieses zukunftssträchtige Projekt jede Menge Unterstützung braucht. Das Spendenziel von zunächst 5000 € sollte in diesem Jahr noch erreicht werden.

Spendenkonto:

Stichwort »Maniok-Projekt«
IBAN: DE 86 5019 0000 6100 8005 84
BIC: FFVBDEFF

Gerne bieten wir den PowerPoint Vortrag und den Begleittext, ein Muster für eine Einladung und eine Banderole für Spendendosen den Ortsgruppen von Solidarität International an, um die Veranstaltung noch vielerorts zu machen.

Neues aus dem Internationalistischen Bündnis:

Beratung über Unterstützung der BDS-Kampagne

Im Internationalistischen Bündnis wird momentan beraten, ob es sich der BDS-Kampagne anschließt.

Die Kritik an der israelischen Regierungspolitik gegenüber den Palästinensern in den durch Israel besetzten Gebieten wird hier in Deutschland gleichgesetzt mit dem undifferenzierten Schlagwort, dass die Kampagne „antisemitisch“ wäre.

Wer zum Boykott israelischer Waren aufruft, ist noch lange kein „Antise-

mit“, wie es die Vorlage der CDU/CSU- SPD- FDP- und Bündnis 90/Grüne für den entsprechenden Bundetagsbeschlusses ausführt.

Die BDS-Kampagne befördert stattdessen die kritische Auseinandersetzung mit der israelischen Regierungspolitik, aber auch mit der notwendigen internationalen Solidarität zur Unterstützung des berechtigten Interesses der Palästinenser nach Selbstbestimmung.

SI selbst hat auf seiner 10. Bundesdelegiertenversammlung die Unterstützung der BDS-Kampagne beschlossen und auch die Mitgliedsorganisationen und Einzelpersonen in KoPI tragen diese Kampagne mit.

Der Europäische Gerichtshof urteilte vor kurzem, dass in Europa Waren aus palästinensischen Gebieten, die durch Israel besetzt sind, gesondert gekennzeichnet werden müssen.

Argumente und Infos zur BDS-Kampagne aus der Strategie-Diskussion im Bündnisrat am 22.9.2019

1. ▶

Zur BDS-Kampagne wurde am 9. Juli 2005 aufgerufen. Der Aufruf wurde von 158 palästinensischen Organisationen weltweit unterzeichnet. Der Aufruf zum „Boykott und Investitionsentzug gegen Israel“ soll „aufrecht erhalten bleiben, bis Israel seiner Verpflichtung nachkommt, den PalästinenserInnen das unveräußerliche Recht der Selbstbestimmung zuzugestehen, und zur Gänze den Maßstäben internationalen Rechts entspricht, indem es:

1. Die Besetzung und Kolonisation allen arabischen Landes beendet und die Mauer abreißt;
2. Das Grundrecht der arabisch-palästinensischen BürgerInnen Israels auf völlige Gleichheit anerkennt; und
3. Die Rechte der palästinensischen Flüchtlinge, in ihre Heimat und zu ihrem Eigentum zurückzukehren, wie es in der UN Resolution 194 vereinbart wurde, respektiert, schützt und fördert.“

2. ▶

Die BDS-Kampagne hat weltweite Unterstützung bekommen. Gerade in Ländern mit eigenen Erfahrungen mit Siedlungs-Kolonialismus oder Apartheid (z.B. Irland und Südafrika). Auch eine Reihe von Gewerkschaften unterstützen die BDS-Kampagne bzw. ihre Forderungen, darunter der ägyptische EFITU, die brasilianische CUT, der irische ICTU, die kanadische CSN, der norwegische Dachverband LO, der schottische STUC, die südafrikanische COSATU und die tunesische UGTT, andere zumindest konkrete Boykott-Aufrufe. Fortschrittliche Menschen aus der jüdisch-israelischen und jüdisch-amerikanischen Bevölkerung unterstützen die Kampagne. Tausende von Künstlern haben sich dem Boykott angeschlossen oder nach Protesten ihrer Fans Auftritte in Israel abgesagt.

3. ▶

Aktuell stehen drei Boykott-Aufrufe im Zentrum der BDS-Kampagne:

1. Der französische Versicherungskonzern Axa, der in fünf Banken

investiert hat, die in illegale Siedlungen investieren und in den israelischen Rüstungskonzern Elbit Systems, dessen Drohnen z.B. bei EMSA (Europäische Agentur für die Sicherheit des Seeverkehrs) zum Einsatz kommen und auch Bilder für die Frontex-Mission im Mittelmeer liefert, um die Fluchtroute über das Mittelmeer zu sperren. Die Forderung ist, dass Axa diese Investitionen zurückzieht.

2. Der deutsche Sportartikel-Hersteller Puma, der Hauptsponsor des israelischen Fußball-Verbandes ist, dem auch Mannschaften aus den illegalen Siedlungen angehören. Eine ähnliche Kampagne gegen Adidas wurde im Juli 2018 erfolgreich abgeschlossen.

3. Der PC- und Druckerhersteller HP, der die Sicherheitstechnik für das Racial Profiling an den Checkpoints ausrüstet und wartet.

Fortsetzung Seite 8 >>

4. ▶

In Deutschland wird die BDS-Kampagne aktuell von 32 Organisationen unterstützt. Damit ist Deutschland eines der Länder, in denen die BDS-Kampagne am wenigsten sichtbar ist. Dass es nur so wenige sind, liegt vor allem an der staatlich organisierten Anti-BDS-Kampagne, die den Antizionismus, jede Kritik an der israelischen Regierung als Antisemitismus verunglimpft und bekämpft. Dieser Anti-BDS-Kampagne haben sich in Deutschland die Antideutschen und die AfD angeschlossen. Jeder, der mit dem palästinensischen Volk im Kampf um seine demokratischen Rechte und Freiheiten solidarisch ist, wird angegriffen und unterdrückt. So wurden der MLPD unmittelbar nach dem Beitritt zur BDS-Kampagne 20 Konten gekündigt. Ibrahim Ibrahim vom Demokratischen Komitee Palästina e.V. hat eine Strafanzeige bekommen, weil er bei einer Kundgebung sagte „Netanjahu ist ein Mörder“. Ver.di und die DGB-Jugend haben Beschlüsse gefasst, mit keiner Organisation zusammenzuarbeiten, die der BDS-Kampagne angehört. Der REBELL wurde in Göttingen daraufhin aus einer Aktionseinheit zum 1. Mai geworfen. Diese Beschlüsse gehen nicht von der Masse der in diesen Gewerkschaften organisierten Arbeiter aus, sondern von Gewerkschaftsführern, die eng mit der Führung der rechten israelischen Gewerkschaft verbunden sind. Der Bundestag hat im Mai 2019 eine „Verurteilung der BDS-Kampagne“ beschlossen, die die finanzielle Förderung und Vergabe von Räumen an die BDS-Kampagne und Gruppen, die die Ziele der Kampagne verfolgen, zu verweigern.

5. ▶

Der Kampf gegen die Rechtsentwicklung der Regierungen und bürgerlichen Parteien weltweit, für den wir unser Internationalistisches Bündnis gegründet haben, schließt den Kampf gegen die rassistisch-faschistoide Politik der israelischen Regierung mit ein. Von Anfang an sind wir mit den zwei großen Befreiungsbewegungen des kurdischen und des palästinensischen Volkes verbunden. In der deutschen Bevölkerung gibt es eine breite Solidarität mit diesen Befreiungskämpfen, aber der unbegründete Antisemitismus-Vorwurf hat auch einschüchternde Wirkung.

6. ▶

Der Kampf der Palästinenser ist ein gerechter Kampf gegen koloniale Unterdrückung. Die Anti-BDS-Kampagne verunglimpft diesen Kampf als Terrorismus und die deutsche Bundesregierung verweigert Palästinensern elementare Menschenrechte wie das Recht auf politisches Asyl. Das soll einschüchternd wirken und erschwert bzw. unterdrückt die organisierte politische Arbeit der palästinensischen Flüchtlinge in Deutschland. Der Vorwurf des Terrorismus wird damit begründet, dass sie sich gegen den Staat Israel wehren und nur der Staat Gewalt anwenden dürfe. Diese Kriminalisierung des berechtigten Widerstands widerspricht der UN-Resolution 2625 von 1970, die ausdrücklich den (bewaffneten) Widerstand gegen koloniale Unterdrückung und die internationale Unterstützung dieses Widerstands für gerechtfertigt erklärt.

7. ▶

Der BDS-Kampagne wird vorgeworfen, sie sei antisemitisch. Dabei werden abstruse Begründungen konstruiert wie: die israelische Regierung ist ein Kollektiv von jüdischen Individuen, wer die israelische Regierung angreift, greift deshalb jüdische Menschen an und das ist Antisemitismus. Oder weil das gesamte israelische Staatsgebiet besetztes Gebiet ist, richtet sich die Forderung nach Rückgabe der besetzten Gebiete gegen das Existenzrecht des Staates Israel und ist damit antisemitisch (z.B. Samuel Salzborn). Die BDS-Kampagne richtet sich nicht gegen das jüdisch-israelische Volk oder gegen das Existenzrecht des israelischen Staates, sondern gegen die Besatzungspolitik, die die israelische Regierung gegen das palästinensische Volk durchführt. Antizionismus ist kein Antisemitismus! Wir verurteilen und bekämpfen Antisemitismus und jede Form des Rassismus.

8. ▶

Der BDS-Kampagne wird vorgeworfen, dass ihr Aufruf zu Boykott, Desinvestition und Sanktionen in einer

Linie mit der faschistischen Parolen „Kauft nicht bei Juden!“ stünde. Tatsächlich richtet sich der Boykottaufruf aber gegen internationale Übermonopole, die von der imperialistischen Besatzungspolitik profitieren.

9. ▶

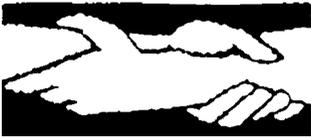
Israel spielt insbesondere für die westlichen Imperialisten aus zwei Gründen eine besondere Rolle. Zum einen durch seine strategische Lage im Nahen Osten. Zum anderen weil in Israel führende Hersteller von Sicherheits- und Militärtechnologie beheimatet sind, v.a. in den Bereichen Drohnen und Überwachung.

10. ▶

Wenn die Bundesregierung ihre Anti-BDS-Kampagne mit der besonderen historischen Verantwortung Deutschlands für das jüdische Volk begründet, ist das verlogen. Wenn diese Schlussfolgerung aus dem II. Weltkrieg ernst gemeint wäre, dann müsste sie jegliche Zusammenarbeit mit faschistischen und faschistoiden Regime ausschließen. Der Hitlerfaschismus hat den Zweiten Weltkrieg angezettelt, der 65 Millionen Menschen das Leben gekostet hat. Die Sowjetunion, die die Hauptkraft beim Sieg über den Hitlerfaschismus war, hat mit 27 Millionen Opfern den höchsten Blutzoll gezahlt. Trotzdem wird von einer historischen besonderen Verantwortung Deutschlands für das Sowjetvolk nicht gesprochen.

11. ▶

Der Staat Israel bekämpft die BDS-Kampagne weltweit. Seit 2015 ist damit das Ministerium für strategische Angelegenheiten betraut, das von 2013 bis 2015 direkt in den Geheimdienst integriert war. Seine Aktivitäten reichen von Israel-Festivals und Schüler- und Studentenaktivitäten über die direkte Beeinflussung von Politik und Medien bis hin zu Einreiseverboten, Kriminalisierung und Kontenschließungen. In Deutschland gehören u.a. Benjamin Weinthal, Henryk M. Broder, Malca Goldstein-Wolf und Stefan Laurin vermutlich zu den Agenten dieses Ministeriums.



Bishop Antonio berichtet Aktuelles aus den Philippinen

Antonio war im November 2019 zu Gast in Deutschland. Er lebt mit seiner Familie auf Mindanao und ist in der Bergarbeiterregion Zamboanga (Goldbergbau) als Bischof der Iglesia Independente (Unabhängige Kirche der Philippinen) tätig.



1. Allgemeines:

Dutertes „Krieg gegen Drogen hat erschreckende Ausmaße angenommen. Die Zahl der angenommenen Opfer variiert zwischen 2000 laut Polizeiberichten und 27 000 laut Menschenrechtsorganisationen. Die Dunkelziffer liegt bei 30 000 Opfern. Landraub auf Gebieten der Lumad nimmt zu, weil sich neben Konzernen für Obstanbau nun auch zunehmend die Palmölindustrie ausbreitet.

Mehr als 20 Kohlekraftwerke sind in Planung, eins davon bereits gebaut und das, obwohl es in den Philippinen genügend alternative Energiequellen wie Sonne und Wind gibt.

2. Menschenrechte:

Das Kriegsrecht gilt nicht mehr nur für Mindanao. Dies erkennt man u.a. daran, dass mittlerweile alle progressiven politischen Organisationen, Anwälte, kirchliche Organisationen und sogar die Universitäten als Brutstätten eines kommunistischen Aufstands gesehen werden. Die Regierung schleust polizeiliche Kräfte in die Universitäten ein. Aber die Unis wehren sich: Mitarbeiter informieren Studenten über das Kriegsrecht und was man dagegen tun kann.

Auf dem Land richtet sich das Kriegsrecht nicht mehr nur gegen die Moro, sondern auch gegen die Lumad.

Nach den Durchsuchungen in Büros von KMU, Bayan und Gabriela sind einige Menschen noch inhaftiert, andere wieder freigelassen worden. Es kann nicht bewiesen werden, dass die Inhaftierten wirklich Waffen besessen haben.

Antonio begrüßt es, dass die philippinischen Massen, darunter Farmer, Frauenorganisationen und Arbeiter aufstehen. Verdächtig kommt es ihm vor, dass Vizepräsidentin Leni Robredo, die Dutertes Krieg gegen Drogen bisher kritisiert hatte, nun mit Duterte zusammenarbeitet.

3. Die Rolle der Kirchen:

Antonio kritisiert, dass sich die katholische Kirche in den Philippinen allgemein zu ruhig verhält. Sie rät sogar Angehörigen der Opfer des Krieges gegen Drogen, sich nicht an Demonstrationen zu beteiligen.

Es gibt aber auch erfundene Anklagen gegen jeweils vier kritische katholische Bischöfe und Pfarrer. Dem Nationalen Konzil der Kirchen in den Philippinen wird vorgeworfen, Kommunisten zu unterstützen. Vermutlich liegt es daran, dass sie Bayan und Gabriela unterstützen und mit europäischen Organisationen wie Oxfam und Brot für die Welt zusammenarbeiten.

4. Die Rolle von China:

China sieht in Duterte einen guten Erfüllungsgehilfen. Sie unterstützen ihn mit Geld und vermitteln ihm Arbeiter für Bauprojekte, die oft ohne Papiere in den Philippinen arbeiten. Im Gegenzug vermittelt die philippinische Regierung Englischlehrer für China.

Dutertes Krieg gegen Drogen hilft chinesischen Drogenbossen, die Konkurrenz auszuschalten. Die Unterstützung chinesischer Drogenbosse erkennt man u.a. daran, dass diese oft schnell wegen angeblicher guter Führung aus philippinischen Gefängnissen entlassen werden.

Frauenpolitischer Ratschlag

Forum 1

Gemeinsam mit ver.di Frauen aus NRW und dem Saarland fuhrten wir zum 12. Frauenpolitischen Ratschlag vom 1.-3.11.2019 in Erfurt.

Für einige von uns war dies der erste Ratschlag an dem sie teilnahmen und sie waren ganz gespannt auf die Begegnung mit Joly Talukder, der Vorsitzenden der Textilarbeitergewerkschaft GWTUC

in Bangladesch um mit ihr auch über das von ver.di Frauen unterstützte Projekt „Ausbildung von Organizerinnen, zum Aus- und Aufbau der Gewerkschaftsarbeit unter den Textilarbeiterinnen“ zu sprechen.

Wir hatten uns schon im Vorfeld auf die Teilnahme am Forum 1 „Weil es ums Ganze geht“ Frauen aktiv im Betrieb, Büro, Kindergarten, Pflege und Gewerkschaft, festgelegt und Beiträge vorbereitet.

Schnell wurde in der sehr lebhaften Diskussion klar, dass es einen Zusammenhang gibt zwischen der weltweiten Rechtsentwicklung von Regierungen, den wachsenden politischen und gewerkschaftlichen Bewegungen und Kämpfen weltweit. Oft stehen gerade Frauen in der ersten Reihe.

Der Interessensgegensatz zwischen einem guten und friedlichen Leben für sich und ihre Familien, das sie sich wünschen und den Internationalen Konzernen die aus wirklich allem Profit machen wollen stehen sich unvereinbar gegenüber.

So berichtet Angela von „Las Kellys“ aus Spanien stolz, dass sich 4.000 Reinigungskräfte wegen ihrer Einkommens- und Arbeitssituation selbst organisiert haben, aus Enttäuschung über die Regierung und nun ihre Interessen selbst durchkämpfen wollen.

Eine Kollegin aus Russland berichtet über die Arbeitsbedingungen von russischen Erzieherinnen und die Parallelen zu den gewerkschaftlichen Kämpfen der Erzieherinnen in der BRD werden diskutiert.

Joly Talukder berichtet über die wachsende politische und gewerkschaftliche Kraft der Textilarbeiterinnen in Bangladesch und der damit verbundenen Repressionen gegen kämpferische Kolleginnen und Kollegen.

Frauen aus Bangladesch werden von der Regierung für die Golfstaaten als Haushaltshilfen rekrutiert und sind dann schutzlos sexistischer Gewalt ausgeliefert. So kamen allein letztes Jahr 331 Frauen im Sarg in die Heimat zurück.

Auszubildende berichten über Alltagssexismus in ihrem Betrieb und die erfolgreiche Gegenwehr.

Automobilarbeiterinnen berichten über betriebliche Auseinandersetzungen mit dem Rechtsextremismus, über die Bekämpfung und Isolierung von kämpferischen Kolleg*innen und die Vorbereitungen zur 2. internationalen Automobilarbeiterkonferenz 2020 in Südafrika.

In einer eigenen kleinen Arbeitsgruppe, berichtet die ver.di Frauenratsvorsitzende aus dem Saarland über die Ausbildung von „Stammtschkämpferinnen“ in der Auseinandersetzung mit dem Rechtsextremismus.

Zusammenfassend wurde vom Forum 1, am Ende eine Resolution (Nachzulesen auf der Homepage FPR) verabschiedet mit folgenden Auszügen:

Zur Gegenwehr gehört auch, dass wir im Alltag den Mund aufmachen. Kein rassistischer, antikommunistischer, sexistischer Spruch darf unwidersprochen stehen bleiben.

Einig sind wir uns darüber, dass wir keine Zeit verlieren dürfen, gemeinsam und international aufzustehen, gegen die Rechtsentwicklung der Regierungen, faschistische Gefahr und für die Befreiung der Frau in einer befreiten Gesellschaft.

Frauen, organisiert euch gewerkschaftlich, politisch, international.

Sponsorenessen am 06.11.2019

In den Räumlichkeiten von Solidarität-International e.V. OG Duisburg fand im Nachgang zum Frauenpolitischem Ratschlag, zur Verabschiedung unserer Internationalen Gäste Marie Paula aus Togo und Jolly Talukder aus Bangladesch ein von der Courage Gruppe organisiertes, sehr erfolgreiches Sponsorenessen statt. Nach dem Essen und einem Austausch über den Ratschlag konnten fast 600 Euro, zur Finanzierung der Reisekosten von Marie Paula, eingenommen werden.

Als Gastgeschenke wurden 2 T-Shirts von Solidarität International übergeben.



12. Frauenpolitischer Ratschlag

Forum 3 Migration



Aus Sri Lanka, Iran, Mexiko, China, Kamerun, Deutschland wurde von den Erfahrungen erzählt.

Durch eine Präsentation erfuhren wir wie in Afrika zu Beginn der Kolonialisierung zu Bismarcks Zeiten die Länder verteilt wurden. Systematisch nach Sprachgebieten getrennt, die Grenzen willkürlich gezogen, neuen Namen den Ländern gegeben, um die Völkergruppen auseinander zu halten.

Nach fruchtbarer, lebendiger Diskussion zeigten sich die Frauen entschlossen sich zu wehren und solidarisch zu zeigen. Dies drückte sich in Grußadressen und Resolutionen aus:

- › Frank Oettler aus Halle, der von Faschisten verleumdet wird
- › eine Grußadresse an den zeitgleich stattfindenden antifaschistischen und antirassistischen Ratschlag in Eisenach
- › eine Grußadresse für die Freilassung von Müslüm Elma, Gefangener und Angeklagter im Münchner TKP/ML Prozess.
- › Für den Aufbau einer Antifaschistischen Einheitsfront ging von diesem Forum das einstimmige Votum aus

Dieses Forum war eine Bereicherung für die flüchtlingspolitische Arbeit.

Migration ist die Mutter gesellschaftlichen Fortschritts – internationaler Zusammenhalt ist unsere Stärke und Quelle für gesellschaftliche Veränderungen!

In diesem sehr gut besuchten Forum spiegelte sich die Bandbreite der Internationalen Teilnehmer, ihr Leben, ihr Kampf und vielfältigen Lebenserfahrungen und schrecklichen Erlebnisse. Dem langen Weg hierher durch Lager, Gefängnisse, die Wüste mit unzähligen Skeletten. Endlich hier angekommen erlebten sie die Flüchtlingspolitik mit dem Dublin Abkommen.

In **Gracanice (Bosnien)** streiken die Frauen der insolventen Schuhfabrik Fortuna seit 18 Monaten und verhindern, dass die Maschinen abtransportiert werden. Mutig kämpfen sie um ihre Arbeitsplätze trotz Streikverbot und Geldstrafen.

Aus Rojava wird berichtet, dass die Frauenrevolution sich 20 km von der türkischen Grenze aus zurückzieht. Eine taktische, schmerzliche Entscheidung.

In Afghanistan beherrscht der Fundamentalismus das Land, die Lage der Frauen verschlechtert sich. Über den Widerstand der Frauen erfährt man kaum etwas, die verdeckt kämpfen in der Frauenrechtsorganisation RAWA (Revolutionäre Vereinigung der Frauen Afghanistans)



Jetzt zur 2. Internationalen Automobilarbeiterkonferenz anmelden und Verantwortung in der Vorbereitung übernehmen!

Vom 3.-5. September 2019 fand erfolgreich das 3. Treffen der Internationalen Koordinierungsgruppe (ICOG) in Johannesburg in Südafrika statt. Zur Vorbereitung der 2. Internationalen Automobilarbeiterkonferenz vom 19.-23. Februar 2020 in Johannesburg in Südafrika konnten wichtige Beschlüsse und konkrete Festlegungen für die weitere Vorbereitung getroffen werden. Wir möchten uns für die Unterstützung unseres Treffens durch die kämpferische Metall-Gewerkschaft NUMSA bedanken, welche selber zeitgleich mitten in komplizierten Tarifverhandlungen und kurz vor einem möglichen Streikbeschluss stand. Eine sichere Durchführung wurde gewährleistet.

Unmittelbar nach dem ICOG-Treffen haben wir den Tagungsort und die Räume für die Durchführung der 2. Internationalen Automobilarbeiterkonferenz südlich von Johannesburg gebucht. [...]

Die wirtschaftlichen und politischen Rahmenbedingungen in der Auto- und Zuliefererindustrie sind gekennzeichnet von zunehmenden Krisenerscheinungen und tiefgehenden Veränderungen durch den Übergang zur Elektromobilität und Digitalisierung. Die weltweite Pkw-Produktion ist 2018 um 4,0 Prozent gegenüber dem Vorjahr gesunken. Die Vernichtung hunderttausender Arbeitsplätze wird von den internationalen Automonopolen angekündigt und begonnen umgesetzt. Dagegen entwickelt sich der Widerstand der Belegschaften. Der gemeinsame koordinierte Kampf und unsere internationale Kampagne für die 30 Stundenwoche bei vollem Lohnausgleich gewinnt dabei an Bedeutung.

Viele Belegschaften der Automobil- und Zuliefererkonzerne sind mit Massenentlassungen und weiteren Angriffen auf Löhne und soziale

Leistungen konfrontiert. 48.000 GM-Kollegen in den USA traten am 16. September mutig in den Tarifstreik für höhere Löhne, Verbesserung der Gesundheitsleistungen und Regelungen für die Übernahme der Leiharbeiter. In Lateinamerika kämpfen GM-Belegschaften gemeinsam gegen Massenentlassungen. Ford will allein in Europa 12.000 seiner 50.000 Arbeitsplätze vernichten und 6 Werke schließen. Auch internationale Zuliefererkonzerne, wie ZF, Schaeffler oder Continental, planen massiven Arbeitsplatzabbau. Bei Schaeffler protestierten am 28. Juni Tausende von Beschäftigten an allen 26 Standorten gegen die geplante Vernichtung von bis zu 21.000 Stellen.

Die ICOG ist sich einig, dass unsere 2. Konferenz und die **Verabschiedung eines Internationalen Kampfprogramms der Automobilarbeiter** in dieser Situation genau richtig kommt. Mit Spannung erwarten wir lebendige Berichte aus den Ländern und einen intensiven Erfahrungsaustausch unter Kollegen aus den verschiedenen Konzernen. [...]

Insbesondere durch den **Übergang in eine globale Klimakatastrophe** sind nicht nur die Automobilarbeiter und ihre Familien, sondern die ganze Menschheit herausgefordert. Folgerichtig hat die ICOG am 5. September einen Aufruf zur Beteiligung am **Internationalen Klimastreiktag am 20. und 27. September** heraus gegeben, für die **Einheit von Umwelt- und Arbeiterbewegung**. Weltweit demonstrierten Millionen und setzten ein deutliches Zeichen. [...]

In Südafrika packen bereits viele Kollegen der nationalen Vorbereitungsgruppe aktiv an. Die organisatorische Vorbereitung wurde aufgenommen und Übernachtungsplätze reserviert. Praktische Unterstützung hat die NUMSA zugesagt.



Die ICOG ruft insbesondere Jugendliche auf, sich ab sofort als Helfer in **internationalen Brigaden** in der Vorbereitung und Durchführung der 2. IAC zu bewerben und gemeinsam aktiv zu werden. Weitere Information und Bewerbungen über die ICOG: eMail: contact@iawc.info

Die ICOG hat eine **Spendenkampagne zur 2. Internationalen Automobilarbeiterkonferenz mit Ziel 50.000 Euro** beschlossen. Werdet dazu aktiv und entwickelt Initiativen. Berichtet über eure Spendenaktivitäten und den Stand der Entwicklung. Die Delegationen sollen in der Regel ihre Teilnahme selber finanzieren. Anträge zur Unterstützung von Reisekosten können an die ICOG gestellt werden.

[...] **Wir wünschen euch viele Ideen und Kraft in der Vorbereitung und Mobilisierung zur 2. Internationalen Automobilarbeiterkonferenz.**

Mit solidarischen Grüßen
Carlos Luiz Prates Mancha (Brasilien),
Diego Rejon Bayo (Spanien),
Dieter Schweizer (Deutschland) Koordinatoren der ICOG

Spenden für Reisekosten zur 2. IAC können mit entsprechendem Stichwort auf das Spendenkonto von SI überwiesen werden.

Weitere Informationen zur Anmeldung oder den verschiedenen Foren und Workshops und weiteren organisatorischen Fragen finden sich auf der Internetseite www.automotiveworkers.org

„Hotel Silber“ Stuttgart: Erinnerungen für die Zukunft

Ein wunderbarer Abend im denkwürdigen „Hotel Silber“ - darüber waren sich wohl alle ca. 120 Anwesende einig! Das Spendenergebnis von mehr als 540,00 Euro ist Ausdruck davon. Es wurde aufgeteilt zwischen dem Zentrum Weissenburg sowie dem Freundeskreis Alassa & friends – Initiativen, die sich für die Rechte der Flüchtlinge einsetzen. Anlass war die Lesung von Dr. Lutz van Dijk „Der Attentäter“ - Die Hintergründe der Pogromnacht 1938 – die Geschichte von Herschel Grynszpan“ im Lern- und Gedenkort „Hotel Silber“. Der Chor Comuna Avanti Canti gab der Lesung mit den beiden jiddischen Liedern Hine Ma Tov und dem Lied des polnisch-jüdischen Musikers und Freiheitskämpfers Hirsch Glick Mir lebń ebig - es brennt die Welt, wir sind da! einen würdevollen Rahmen. Moderiert wurde der Abend von Janka Kluge mit einleitenden Worten von Ralf Bogen von der „Initiative Lern - und Gedenkort „Hotel Silber“.

Das „Hotel Silber“ war während des Hitler-Faschismus das Gestapo Hauptquartier: eine Stätte der Qual, aber auch des ungebrochenen Widerstandes und des Freiheitswillens zahlreicher Kommunisten, Sozialdemokraten, Gewerkschafter, oppositioneller Christen, Homosexueller, Lesben usw.. Hier saß der junge Hans Gasparitsch mit seinen Freunden aus der **Widerstandsgruppe G** dem faschistischen Staatsterror gegenüber.

Der angrenzende Hügel führt zur „Villa Reitzenstein“, dem Herrschaftssitz des Grünen Ministerpräsidenten, verantwortlich für die zahlreichen Abschiebungen sowie für den illegalen Polizeieinsatz in der LEA Ellwangen vom Mai 2018. Ohne die Stimme des Grünen Ministerpräsidenten im Bundesrat gäbe es keine Abschiebungen in „sichere Heimatländer.“

Daher ist die vom Autor Lutz van Dijk kenntnisreich aufgearbeitete Geschichte von Herschel Grynszpan hochaktuell. Herschels Eltern wurden 1938 gemeinsam mit an die 17 000 polnischen Juden wieder nach Polen zurück – abgeschoben. Deportation war damals schon Mord! So wurden von den 5000 jüdischen Menschen Stuttgarts ca. 50% ermordet. Zahlreichen Menschen wurde das Recht auf sexuelle Selbstbestimmung abgesprochen und in die KZs verschleppt. Der 17-jährige Herschel wusste, dass seine Familie abgeschoben werden sollte. Aus Angst und Verzweiflung auch um seine eigene Lage in Paris kam es zu dem mutmaßlichen Attentat. Eindringlich und lebendig vermittelte der Autor, wie die dem Attentat von Herschel auf den Botschaftsrat vom Rath in Paris die Pogromnacht am 9. November 1938 mit der Zerstörung von mehr als 400 Synagogen, tausenden von jüdischen Geschäf-



Protest vor dem Hotel Silber in Stuttgart: Erst Hotel, dann GESTAPO-Zentrale, heute Gedenkstätte

ten und der Verfolgung der Juden folgte. Eine perfekt inszenierter Propaganda- und Staatsapparat mobilisierte den angeblichen „Volkszorn“.

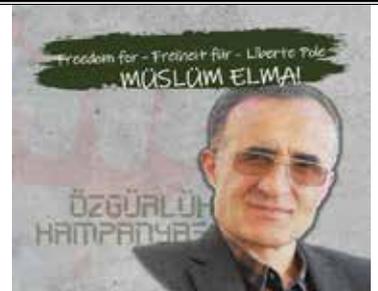
Auch heute werden zu verurteilende Gewalttaten wie in Chemnitz oder Kandel von ultrareaktionären und faschistischen Kräften demagogisch missbraucht. Björn Höcke von der AfD fordert eine „Wende in der Erinnerungskultur um 180 Grad.“ AfD-ler Gauland bezeichnet die faschistische Diktatur mit Millionen von Toten als „Vogelschiss“ in der Geschichte. Der AfD - Bundestagsabgeordnete Seitz aus Freiburg fordert die Wiedereinführung der Todesstrafe für Flüchtlinge wie Alassa Mfouapon aus Kamerun.

In der anschließenden Diskussion wurde in vielen Beiträgen aus der Erinnerung an damals aktuelle Bezüge und Forderungen aufgestellt. Aus dem Gedenken an diese Verbrechen gegen die Menschlichkeit wurde das Bewusstsein geschärft, der aktuellen reaktionären und faschistoiden Entwicklung im Zuge der Rechtsentwicklung entschieden und gemeinsam entgegen zu treten. Dem Autor wurde herzlichst gedankt, so dass er zahlreich von der Buchhandlung Erbkönig angebotene Bücher persönlich unterzeichnen konnte - manche gar mit Foto.

...und noch einige Termine

04.01.2020	Sitzung Geschäftsstelle in Schwäbisch Hall
25./26.01.2020	11. Bundesdelegiertenversammlung in Schwäbisch Hall
08.03.20	Internationaler Frauentag
01.05.20	Tag der Arbeit

„FREIHEIT FÜR MÜSLÜM ELMA“



Müslüm Elma ist ein revolutionärer Oppositioneller, der mehr als 20 Jahre seines Lebens in türkischen Gefängnissen verbracht hat. Seit dem 15. April 2015 sitzt er in München im Gefängnis - davon mehrere Monate in Isolationshaft! Gestützt auf Informationen von Erdogan's Geheimdienst MIT, wurden neben Müslüm Elma neuen weitere Revolutionäre vor dem Strafverfahren vor dem Oberlandesgericht München angeklagt. Im Zuge der §129 a und b des deutschen Strafgesetzbuches wird Müslüm Elma u.a. die Mitgliedschaft in der Kommunistischen Partei der Türkei-Marxistisch Leninistisch zur Last gelegt. Bereits von Anfang an lies die Staatsanwaltschaft keinen Zweifel dran, dass dieses Verfahren einen politischen Charakter hat und im Zusammenarbeit mit den türkischen Behörden stattfindet.

Die Öffentlichkeit verfolgt in jüngster Vergangenheit mit Sorge die Inhaftierungen von Oppositionellen in Europa auf Geheiß der türkischen Polizei und Justiz, welches von der AKP beherrscht werden. Letztes Opfer dieser Welle war der Duisburger Ismet Kılıç, der aufgrund eines Haftbefehls des türkischen Interpols in Kroatien verhaftet wurde und erst nach internationalem Druck nach 82 Tage frei gelassen wurde!

Wer ist Müslüm Elma?

Müslüm Elma lebt seit 2009 in Deutschland und hat einen anerkannten Status als politisch Verfolgter. Vor seiner Inhaftierung in Deutschland war Müslüm Elma bereits in der Türkei zwei Jahrzehnte lang aufgrund seiner politischen Überzeugung in Haft. Er hat seine Inhaftierung im Gefängnis Nr. 5 in Diyarbakır überlebt, wo er kurz nach dem Militärputsch von 1980 unvorstellbarer Folter und anderen Grausamkeiten ausgesetzt war. Aus Protest gegen unmenschliche Behandlung und Folter in türkischen Gefängnissen beteiligte er sich im Jahre 1996 und 2000 an zwei Hungerstreiks und Todesfasten. Bis heute ist er durch die lange Haft und erlittene Folter gezeichnet. Dies hinderte die deutsche Justiz jedoch nicht daran, Müslüm Elma die ersten Monate der Untersuchungshaft einer vollständigen Isolation auszusetzen und die Untersuchungshaft nun seit über viereinhalb Jahren aufrechtzuerhalten.

Aus Sicht seiner Anwälte zeigt dies, welchen hohen rechtsstaatlichen Preis der deutsche Staat zu zahlen bereit ist, um den Interessen von verbündeten Unrechtsstaaten zu dienen. #Free Müslüm Elma

Ich werde Mitglied in SI:

Name: _____

Adresse: _____

E-Mail: _____

Mein Mitgliedsbeitrag in Höhe von _____ €
(mindestens 1,50 €/Monat)

wird bezahlt per

Abbuchung
 jährlich anders: _____

Konto-Nummer / IBAN _____

Bankinstitut / BIC _____

Dauerauftrag ab dem _____
auf das Beitragskonto von SI

IBAN: DE11 5019 0000 6100 8005 76
BIC: FFBDEFF, Frankfurter Volksbank

soll bar kassiert werden

Bitte in einem Briefumschlag senden an:

Solidarität International (SI) e.V.
Grabenstraße 89 · 47057 Duisburg

www.solidaritaet-international.de



Postleitzahl, Ort: _____

Telefonnummer: _____

Datenschutzhinweis:

Ihre personenbezogenen Daten werden von Solidarität International e.V. gemäß der europäischen Datenschutzgrundverordnung (DSGVO) zur Verwaltung Ihrer Mitgliedschaft erhoben, verarbeitet und genutzt.

Im Rahmen dieser Zweckbestimmungen werden Ihre Daten ausschließlich an besonders Beauftragte weitergegeben und genutzt. Eine Weitergabe an Dritte erfolgt nicht.

Weitere Hinweise zum Datenschutz finden Sie unter
<https://solidaritaet-international.de>

Ich habe die Datenschutzhinweise zur Kenntnis genommen.

Ich stimme der Veröffentlichung von Fotos für die Vereinsarbeit in den von uns verwendeten Medien zu.

Datum, Unterschrift

Bericht über die Spendeneingänge bis zum 01.12.2019

Spenden Rojava:

Rojava - Medizin (seit 1/2015):

EINGANG:	188.866,26 €
Übergeben:	187.864,94 €
Noch zur Übergabe:	1.001,32 €
Eingang 2019:	16.622,44 €

Kobané Ökologischer Wiederaufbau (seit 9/2015)

EINGANG:	145.606,17 €
übergeben:	139.910,02 €
noch zur Übergabe:	5.696,15 €
Eingang 2019:	12.936,37 €

Insgesamt Rojava:

EINGANG:	601.499,84€
Übergeben:	597.491,76 €
noch zur Übergabe:	4.008,08 €
(inkl. der geschlossenen Stichwörter Film Kobanê, Wiederaufbau, Brigaden, Rojava, Kobanê Hand in Hand, Kobanê, Soli Ruhr, Efrin, Gesundheitszentrum)	

weitere Spendenziele:

Anreise ICOR

EINGANG:	187.746,40 €
Übergeben:	77.746,40 €
Noch zur Übergabe:	110.000,00 €
Eingang 2019:	116.129,00 €

Hilfsfonds demokratische Rechte

Arbeiterkämpfe

EINGANG:	8.848,63 €
Übergeben:	3.500,00 €
noch zur Übergabe:	5.348,63 €
Eingang 2019:	6,00 €

Dem. Rechte Flüchtlinge Alassa

(seit 05/2018)

EINGANG:	16.147,31€
übergeben:	14.266,40 €
noch zur Übergabe:	1.880,91€
Eingang 2019:	10.540,45 €

Elfenbeinküste/Maniokprojekt

(seit 06/2019)

Eingang:	1.162,00 €
Übergeben:	1.160,00 €
Noch zur Übergabe:	2,00 €
Eingang 2019:	1.162,00 €

Bergarbeiter Peru (seit 05/2019):

EINGANG:	5.278,44 €
Übergeben:	4500,00 €
Noch zur Übergabe:	778,44 €
Eingang 2019:	5.278,44 €

Das Haus der Solidarität

(seit 8/2015):

EINGANG:	110.244,40 €
Übergeben:	106.777,42 €
Noch zur Übergabe:	3.466,98 €
Eingang 2019:	1.049,55 €

Ngenyi / Kongo

EINGANG:	79.967,24 €
Übergeben:	79.907,94€
noch zur Übergabe:	59,30 €
Eingang 2019:	5.548,82 €

Gewerkschafterinnen Textil

Bangladesch (seit 11/2017)

EINGANG:	5.541,12 €
Übergeben:	1.689,37€
noch zur Übergabe:	3.851,75 €
Eingang 2019:	2.256,48 €

Registrierung CPL

EINGANG:	3.934,80 €
Übergeben:	3.925,00 €
Noch zur Übergabe:	9,80 €
Eingang 2019:	1.025,80 €

Hilfsfonds dem. Rechte Asyl

EINGANG:	7.143,76 €
Übergeben:	6.875,41 €
noch zur Übergabe:	268,35€
Eingang: 2019:	500,00 €€

Canto Vivo/Planta Monte

Eingang:	4.223,44 €
Übergeben:	3.899,13 €
Noch zur Übergabe:	324,31 €
Eingang 2019:	2.995,44 €

Die Spenden werden immer direkt an unsere Partner zu 100 % weitergeleitet.

Wir bedanken uns herzlich bei allen Spenderinnen und Spendern für Euer Vertrauen und Euren Einsatz. Ganz besonders bedanken möchten wir uns für die sehr großzügige Spende aus den Niederlanden für ICOR.

Auf Grund der zurückliegenden Erfahrung bitte unbedingt beachten: Für die Ausstellung der Spendenbescheinigungen benötigen wir Eure vollständige Adresse (falls uns schon nicht bekannt). Die Bescheinigungen werden immer im Januar / Februar des Folgejahres an alle verschickt. - Eure SI-Kasse

Eure SI-Kasse

Büro:

Grabenstr. 89, 47057 Duisburg
Tel. 0203/6045790 Fax 0203/6045791
buero@solidaritaet-international.de
Bürozeit: Mittwoch 13.00 – 17.00 Uhr

Sprecher/innen der SI-Bundesvertretung:
Ute Kellert, Am Torhaus 25,
D-66113 Saarbrücken, Tel. 0170-5613977
E-Mail: ute.kellert@arcor.de

Renate Radmacher, Eifelstraße 22,
D-73433 Aalen, Tel. 073 61/72 52 2
E-Mail: renate.radmacher@online.de

Jutta Seynsche, Sebastian-Kneipp-Weg 7,
D-72116 Mössingen, Tel. 07473/37 82 451
E-Mail: Jutta-Seynsche@web.de

Bundesweite und örtliche Kontaktadressen:

Aalen/Heidenheim: Christa Fragner-Schneider,
Falkensteinerstraße 16, 89547 Dettingen,
E-Mail: christafragnerschneider@web.de

Aschaffenburg: Alexander Schmidt,
Hohenzollernring 2b, D-63739 Aschaffenburg,
Tel. 06021/200 734, E-Mail: alex40schmidt@aol.de

Berlin: Martina Wikowski, Rolf-Andreas Trendelenburg
Finchleyst. 2, 12305 Berlin,
E-Mail: Martina.Wikowski@gmx.de

Bochum: Helga Böttigheimer,
Telemannstr. 13, 44869 Bochum,
E-Mail: c-boettigheimer@t-online.de

Braunschweig: Bea Cockburn-Waßmann,
Geyssostraße 14, 38106 Braunschweig,
Tel.: 0531/38933771, E-Mail: batraccio_pe@yahoo.com

Darmstadt: Ulrich Klingemeier,
Gagernstraße 3, 64283 Darmstadt, Tel.: 06151/1364442

Dortmund: Franz Stockert,
Oesterholzstr. 26, 44145 Dortmund,
Tel.: 0231/83 73 83, E-Mail: frastock@arcor.de

Düsseldorf: Irmela Specht,
Zonser Straße 19, 40223 Düsseldorf,
Tel.: 0211/151695

E-Mail: Irmela@specht-online.com
Duisburg: SI-Zentrum Duisburg,
Flurstraße 31, 47057 Duisburg,

E-Mail: solidaritaet-international-Duisburg@web.de
Bürozeiten: Fr. 18.00 – 20.00 Uhr

Erlangen: Winfried Fleischmann,
91052 Erlangen, Tel.: 09131/16559
E-Mail: winfredo2000@gmx.de

Esslingen: Werner Jauernig,
Turmstraße 2, 73728 Esslingen, Tel.: 0711-350293
E-Mail: d.jauernig@t-online.de

Franken: Larry Zweig,
Theaterstraße 36, 90762 Fürth.
E-Mail: larryzweig@yahoo.com

Frankfurt/Main: Martin Semle,
Leibnizstr. 36, 60316 Frankfurt, Tel.: 0171/4153281
E-Mail: m.semle@t-online.de

Konten:

Alle Konten bei:
Frankfurter Volksbank, BLZ 501 900 00

Spendenkonto:
(unter Verwendung eines entsprechenden Stichwortes)
IBAN: DE86 5019 0000 6100 8005 84 BIC: FFBVDEFF

Beitragskonto:
IBAN: DE11 5019 0000 6100 8005 76 BIC: FFBVDEFF



Gelsenkirchen: Marlies Schumann,
Hauptstraße 40, 45879 Gelsenkirchen, Tel.: 0209/202451,
E-Mail: marlies.schumann@gmx.de

Göppingen: Michael Wist,
Hauffstr. 22, 73084 Salach, Tel.: 07162/9472984
E-Mail: m.wist@z.zs.de

Hamburg: Christian Kölle,
Gerichtsstraße 40, 22765 Hamburg, Tel.: 040/3800936
E-Mail: solinhh@yahoo.com

Hannover: Anke Nierstenhöfer,
Kansteinweg 12, 30419 Hannover,
E-Mail: hannover@solidaritaet-international.de

Heidelberg: Udo Merzinsky,
Mannheimer Straße 203a, 69123 Heidelberg, Tel.: 06221/833506

Heilbronn: Dieter Schweizer,
Heidelbergerstr. 59, 74080 Heilbronn-Böckingen,
Tel.: 07131/254983, E-Mail: artolu@web.de

Kassel: Hans Roth,
Maybachstraße 1, 34127 Kassel, Tel.: 0152 272 818 73

Meinerzhagen: Albert Schmit,
Heidewinkel 6, 58540 Meinerzhagen, Tel.: 02358/790072

München: Torsten Zein,
Am Eisenbrunnen 5, 89547 Dettingen,
Tel.: 0176/40185629, E-Mail: tozein@gmx.de

Nürtingen/Kirchheim-Teck: Dieter Rupp,
Panoramaweg 54, 72660 Beuren

Oberhausen/Mülheim: Ingeborg Kasprick,
Lohhecke 3, 46047 Oberhausen, Tel.: 0208/646928
E-Mail: IKasprick@t-online.de

Oldenburg: Clemens Sauerland,
Lindenstr. 9A, 26180 Rastede, Tel.: 04402/9826-60, Fax: -80
E-Mail: clemens.sauerland@ewetel.net

Osnabrück: Juergen Schoeler,
Wesereschstrasse 16, 49084 Osnabrück

Rüsselsheim: Wolfgang Almeroth,
Eichengrund 16, 65428 Rüsselsheim, Tel.: 06142/2205829
E-Mail: w.almeroth@mail.de

Saar, Moselle: Helmuth Bohn – Klein,
Hermannstr.55, 66538 Neunkirchen
helmuth.bohn-klein@t-online.de

Schleswig-Holstein: W. Laub,
Tel.: 03221/2324137, si-sh@arcor.de

Schwäbisch Hall: Lilo Röser,
Bahnhofstraße 15, 74523 Schwäbisch Hall, Tel.: 0791/8 46 14

Stuttgart: Dorothea Hofmann,
Liststr. 61, 70180 Stuttgart, Tel.: 0711/640 4873
E-Mail: dorothea.hofmann@t-online.de

Tübingen: Ferit Atan,
Eugenstraße 7, 72072 Tübingen

Ulm: Axel Korn,
Ochsensteige 12/4, 89075 Ulm

Varel: André Jäger,
Jahnstraße 14, 26316 Varel, Tel.: 0176/83018817

Villingen-Schwenningen: Helmut Kruse-Günter,
Langstr. 4, 78050 Villingen – Schwenningen, Tel. 07721/2068930

Impressum:

Herausgegeben im Auftrag der Bundesvertretung von
Solidarität International (SI) e.V.

Verantwortlicher der Redaktion:
Axel Kassubek, Umlandstr. 16, 34119 Kassel, Tel.: 0561/312409,
E-Mail: kassu@t-online.de

Zuschriften – bitte per E-Mail in pdf oder rft-Format – an:
waltraut.bleher@t-online.de

Vertrieb/Bestellungen:
Geschäftsstelle Solidarität International e.V., Grabenstr. 89,
47057 Duisburg, Tel.: 0203/6045790, Fax: 0203/6045791

Auflage: 1400 Stück
Layout: Verena Schulz

Druck: Druckerei Neuer Weg GmbH,
Alter Bottroper Str. 42, 45356 Essen
Spendenpreis: € 1

Für SI Mitglieder ist der Bezug des Newsletter im Mitgliedsbeitrag enthalten.